

**Egal welche Regierung:
Wirtschaftskrise rückt näher**

Wir zahlen nicht für Eure Krise!



Bildrechte: Sozialistische Offensive

- Rücknahme von 12-Studentag/60-Stundenwoche, Kassenfusion und Mindestsicherungskürzung!
- Mindestlohn von 1800,- brutto und 30-Stundenwoche mit Personalausgleich ohne Lohnverlust!
- Jetzt vorbereiten auf Angriffe - egal durch welche Regierung!
- Keine Partei vertritt uns wirklich!
Wir brauchen eine neue Massenpartei die für die Interessen der Beschäftigten kämpft und bereit ist, mit dem Kapitalismus zu brechen!
- Demokratisch geplante Wirtschaft kann Klimawandel stoppen - Sozialistische Alternative als Antwort auf kapitalistische Krise!

Sozialistische Offensive

Egal welche Regierung:

Wir zahlen nicht für Eure Krise!

Wirtschaftskrise rückt näher

Egal wie eine neue Regierung zusammengesetzt sein wird, sie wird mit der wirtschaftlichen Situation und den engeren Spielräumen umgehen müssen – und die Forderungen der Wirtschaft umsetzen. Das bedeutet nichts gutes für Arbeitnehmer/innen, Pensionist/innen und Arbeitslose. Die ÖVP hat bereits angekündigt, sie will einen Partner der „Standortpolitik“ umsetzen, um die Wirtschaft international „wettbewerbsfähiger“ zu machen. Das ist ein Zeichen für wachsende Spannungen international zwischen den Kapitalist/innen in den einzelnen Ländern. Die Parlamentsparteien stehen allesamt mit beiden Beinen fest am Boden des Kapitalismus. Sie haben daher dem Argument „Es ist ja kein Geld da“ nichts entgegenzusetzen. Sie werden die Interessen des Kapitals verteidigen und Maßnahmen treffen um den Kapitalismus zu stabilisieren. Sie werden versuchen, die Kosten für die Krise auf Arbeitnehmer/innen abzuwälzen. Das gilt sowohl für Schwarzgrün, eine Neuaufgabe von Schwarzblau, als auch für eine eventuelle große Koalition. Auch Rotgrün – wenn rechnerisch möglich – würde solch eine Politik umsetzen. Das IHS und die Agenda Austria haben bereits Wünsche an eine neue Regierung gestellt, die eine Anhebung des Pensionsalters beinhalten.

Rechte Gefahr nicht gebannt!

Die FPÖ hat wie 2002 deutlich verloren – aber weniger wegen Ibiza sondern wegen Straches Spesen. Die Gefahr des Rechtsextremismus ist damit aber nicht gebannt – die Bedingungen für den Aufstieg des Rechtspopulismus bestehen nach wie vor (v.a. das Vakuum auf der Linken). Die ÖVP konnte von den Verlusten der FPÖ profitieren – sie hat die Hälfte der von der FPÖ verlorenen Stimmen gewonnen. Die Tatsache, dass viele FPÖ Stimmen an die Nichtwähler/innen gegangen sind, ist ein Zeichen, dass diese sich von keiner Partei vertreten fühlen. Das ist weiteres Potential für alte und neue rechtspopulistische Kräfte – das allerdings begrenzt werden kann, wenn eine echte linke Alternative gegen den Sozialabbau nicht nur auftritt, sondern auch Kämpfe organisiert. Der Rechtspopulismus kanalisiert die Antiestablishment Stimmung rassistisch gegen Migrant/innen. Wenn eine starke Linke und die Gewerkschaften

zeigen würden, dass Arbeiter/innen durch gemeinsamen Kampf ihre Interessen durchsetzen können, könnte dem Rechtspopulismus der Wind aus den Segeln genommen werden. Wenn die FPÖ in Opposition geht, kann sie sich erholen und mit pseudosozialer Rhetorik erneut an Unterstützung gewinnen – sowohl bei Schwarzgrün als auch bei einer großen Koalition. Falls Kurz erneut mit der FPÖ koalitiert, mag das vielleicht manche entmutigen die auf ein Ende von Schwarzblau gehofft haben. Allerdings ist eine solche Koalition eine sehr instabile und die FPÖ wird weiterhin an Unterstützung verlieren, wenn sie Sozialabbaupolitik betreibt. Auch ist es möglich, dass in der FPÖ erneut Zentrifugalkräfte wirksam werden – zwischen jenen, die in die Regierung wollen, und jenen, die in der Opposition Wähler/innen zurückholen wollen. Es ist im Moment offen wie es mit Strache selbst weitergeht und ob er selbst eine eigene Liste versucht. Die FPÖ versucht sich von ihm zu distanzieren, um zumindest den Anschein einer „weißen Weste“ zu wahren. Aber egal, was mit der FPÖ passiert, die Gefahr des Rechtsextremismus wird weiter bestehen, wenn es keine kämpferische politische Alternative mit sozialistischem Programm gibt.

Schwarzgrün als Alternative zu Schwarzblau?

Inhaltlich war diese Wahl weniger polarisiert als 2017 – und weniger von der Migrationsfrage geprägt. Die Klimakrise und Ibiza waren die vorherrschenden Themen. Gestärkt wurden dadurch die Grünen, die den Sprung ins Parlament wieder schafften und nun möglicher Regierungspartner für die ÖVP sind. Viele Grünwähler/innen, aber besonders die junge Wähler/innenschicht die die Grünen mit der Klimabewegung ansprechen konnte, werden im Falle einer grünen Regierungsbeteiligung enttäuscht werden. Der Druck auf die Grünen in Richtung Regierungsbeteiligung wächst – ein Großteil ihrer Wähler/innen unterstützt Schwarzgrün als kleineres Übel gegenüber Schwarzblau. Eine Koalition von ÖVP und Grünen würde in wirtschaftlichen Fragen viele Gemeinsamkeiten haben – und vermutlich in gesellschaftspolitischen Fragen einen etwas anderen Kurs fahren als Schwarzblau. Wenn eine solche Regierung jedoch Sozialabbau betreibt könnte das die FPÖ wieder stärken, besonders wenn di-

ese soziale Rhetorik mit rassistischer Hetze mischt. Dasselbe gilt für oberflächlich gesehen klimafreundliche Maßnahmen die die Kosten auf Arbeitnehmer/innen abwälzen wie z.B. Ökosteuern – also prokapitalistische bzw. unternehmensfreundliche Maßnahmen.

Richtungskämpfe in kriselnder SPÖ

Die SPÖ ist auf einem weiteren historischen Tiefstand. Sie konnte vom Unmut über Ibiza nicht profitieren, weil ihre Vertreter/innen selbst als Spesenritter/innen gesehen werden. Noch dazu diente sie sich im Wahlkampf der ÖVP als williger Partner an, indem sie die Rücknahme des 12-Studententages nicht zur Koalitionsbedingung machte. Neben dem klimabedingten Aufwind für die Grünen ist ein wichtiger Grund für die Verluste der SPÖ das Fehlen einer klassenkämpferischen Strategie und dass sie keine Glaubwürdigkeit als Kraft, die für die Interessen der Beschäftigten, Pensionist/innen und Jugendlichen kämpft, hat. Nach der Wahl werden bei der SPÖ die Fetzen fliegen – Drozda ist bereits zurückgetreten, Deutsch ist für die Parteirechte nachgerückt. Es zeichnet sich ab dass die Parteirechte sich auch beim Parteivorsitz durchsetzt. Max Lercher, der als Vertreter der SPÖ-Linken gesehen wird, fordert einen Reformparteitag, ein „neues Hainfeld“. Aber die SPÖ ist tief im kapitalistischen System verwurzelt und es gibt wenig Grund anzunehmen, dass ein Kurswechsel hin zu radikaler Antikürzungspolitik in der SPÖ durchsetzbar ist. Lercher hat der „Reformpartnerschaft“ in der Steiermark bereits keinen konsequenten Widerstand entgegengesetzt. Das Rezept des rechten Flügels, FPÖ zu spielen repräsentiert jedenfalls keinen klassenkämpferischen Kurs. Was nötig wäre, ist eine Absage an die Kürzungspolitik in Verbindung mit einer Absage an Rassismus. Die heutige prokapitalistische SPÖ begreift nicht, dass Rassismus ein Spaltungsinstrument der Klassengesellschaft ist, das ihr hilft die einen gegen die anderen auszuspielen um den Lebensstandard zu senken. Bekämpfen kann man ihn nur durch Einheit im Klassenkampf und den gemeinsamen Kampf für bessere Lebensbedingungen für alle. SPÖ und Grüne betreiben aber beide Sachzwangspolitik und sind nicht bereit diesen Kampf für bessere Lebensbedingungen zu organisieren.

Sozialistische Offensive

Wer wir sind

Die Sozialistische Offensive ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ (KAI, engl. CWI – „Committee for a Workers' International“, www.socialistworld.net). Das CWI setzt sich für die internationale Einheit der ArbeiterInnen ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität. Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien.

Kapitalismus bedeutet wiederkehrende Krisen, ungewisse Zukunft, Senkung des Lebensstandards, Krieg, Klimakatastrophe und Diskriminierung. Der Kapitalismus kann nicht zu einer sozial sicheren und gerechten Gesellschaft umgestaltet werden. Deshalb gilt es, den Kampf für dauerhafte Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft zu verbinden. Sozialismus bedeutet, dass Banken und Konzerne in Gemeineigentum sind und die Gesellschaft demokratisch durch die Beschäftigten kontrolliert und verwaltet wird. Eine solche Gesellschaft würde ermöglichen, dass ihre Ressourcen im Sinne der Bedürfnisse der Mehrheit demokratisch geplant werden, nicht für die Profite einer Minderheit und zwar auf eine nachhaltige Art und Weise die den Planeten nicht zerstört. Das hat nichts mit den stalinistischen Diktaturen zu tun, die in der Sowjetunion und dem Ostblock existierten – aber auch nichts mit dem „Sozialismus“ für den die prokapitalistische sozialdemokratische Führung steht. Solch eine Gesellschaft muss durch Bewegungen der Arbeiter/innenklasse erkämpft werden.

Niemand vertritt unsere Interessen? Arbeitnehmer/innen brauchen eine eigene Partei!

Die Wahlen haben gezeigt, dass der Wunsch nach einer politischen Alternative wächst – auch wenn die Grünen diesmal für eine Schicht Anziehungskraft hatten, andere fühlten sich von keiner Partei wirklich angesprochen. Wenn man sich die Kandidaturen links von der SPÖ bei dieser Wahl ansieht, ist interessant, dass der Wandel der KPÖ kaum Stimmen weggenommen hat – die Stimmen für die Linke sind von knapp 40.000 im Jahr 2017 auf über 55.000 2019 angewachsen, und das trotz des Arguments der „verlorenen Stimme“ und trotz des Drives zu den Grünen. Der Wandel hat möglicherweise eine Schicht angesprochen für die die KP vielleicht weniger interessant war. Geholfen hat sicher, dass z. B. klar war, dass die Grünen es ins Parlament schaffen und es daher leichter war, einer der Kleinparteien die Stimme zu geben. Die KP hat bereits angekündigt mit Wandel und Jetzt zusammenarbeiten zu wollen. Allerdings wird eine reine Addition zu einem Bündnis keine qualitative Neuerung sein – besonders wenn die Fehler wiederholt werden, die die KP in vergangenen Wahlkämpfen und Bündnissen gemacht hat. Es ist nicht auszuschließen dass Einzelpersonen wie Daniela Holzinger eine Rolle im Prozess der Formierung einer neuen linken Kraft spielen können, allerdings ist JETZT ziemlich top down entstanden – was gut zum Zugang der KP passt, aber nicht die Art und Weise ist, wie eine kämpferische Kraft von bedeutender Größe entstehen sollte.

Wie aufbauen?

Wir brauchen eine neue Partei der Arbeitnehmer/innen, Jugendlichen, Pensionist/innen und Arbeitslosen, die wirklich unsere Interessen vertritt und in der sich die Menschen organisieren können. Sie muss Teil von Bewegungen sein. Wir müssen uns jetzt darauf vorbereiten eine Bewegung aufzubauen, damit eine neue Regierung die Angriffe der letzten Regierung, insbesondere den 12-Stundentag, zurücknimmt, und um neue Angriffe im Rahmen der Wirtschaftskrise abzublocken. Wir müssen Druck auf den ÖGB aufbauen, damit dieser mobilisiert – möglicherweise in Verbindung mit der Herbstlohnrunde, wo sich Konflikte anbahnen. Bereits vor den Wahlen gab es Anzeichen für zunehmende Proteste sowohl auf gewerkschaftlicher Ebene wie auch gegen Schwarzblau. Auch die Klima-

proteste sind ein Anzeichen für die wachsende Bereitschaft auf die Straße zu gehen und die herrschende Politik zu hinterfragen – besonders auf Seiten der Jugend. An diesem wachsenden Potential für Protest und (Klassen-)kämpfe müssen wir anknüpfen. In einem neuen linken Projekt müssten Gewerkschaftsaktivist/innen eine Rolle spielen. Mit der richtigen Strategie kann eine solche Partei die nötige Unterstützung gewinnen. Das bedeutet gegen jede Form von Kürzungspolitik und für die Verbesserung der Lebensbedingungen zu kämpfen sowie eine Bereitschaft mit dem Kapitalismus zu brechen. Die Sozialistische Offensive würde sich am Aufbau einer solchen Partei beteiligen.

Für echte sozialistische Alternative!

Der Kapitalismus produziert immer wieder Krisen. Wir brauchen eine Idee einer gesellschaftlichen Alternative – einer sozialistische Gesellschaft mit einer demokratisch geplanten Wirtschaft. Die Schlüsselbetriebe müssen in öffentliches Eigentum überführt und durch die Beschäftigten demokratisch kontrolliert und verwaltet werden. Eine demokratisch geplante Wirtschaft ist die einzige Art und Weise wie die Klimakrise gelöst werden kann, nämlich indem der Energie- und Verkehrssektor sowie die Produktion nach den Bedürfnissen der Menschen geplant werden. Alles andere verschiebt das Problem höchstens. Und wir brauchen eine sozialistische Alternative um echte Antworten auf die wirtschaftliche Krise geben zu können und gegenüber den Argumenten der Bosse nicht erpressbar zu sein. Nur mit einer Kampfstrategie die den Kapitalismus ablehnt ist es möglich eine Bewegung aufzubauen, die die Angriffe auf den Lebensstandard dauerhaft zurückschlagen kann. Wir haben in den letzten Jahren wechselnde Regierungen gesehen (von großer Koalition zu Schwarzblau, zu großer Koalition, zu Türkisblau,...) – das Resultat war immer dasselbe: Weniger im Börsel für die Mehrheit der Menschen, Existenzangst, wachsende Unzufriedenheit und ein Gefühl der Entfremdung. Wir brauchen eine Regierung die unter der Kontrolle von Arbeitnehmer/innen, Arbeitslosen, Jugendlichen und Pensionist/innen steht und endlich deren Interessen repräsentiert – eine echte sozialistische Alternative zu diesem kapitalistischen System.

Kampfmaßnahmen: Höhere Löhne und Rücknahme 12-Studentag!

Am 23. September hat die Herbstlohnrunde gestartet - vor dem Hintergrund einer näher rückenden Wirtschaftskrise. Diese wird den Klassenkampf verschärfen - von oben und von unten. Die Arbeitgeber wollen moderate Lohnrunden, der Druck von Seiten der Beschäftigten wächst jedoch. Immer noch gibt es Branchen in denen um den 12-Studentag/die 60-Stundenwoche gerungen wird. Die Kolleg/innen in vielen Branchen sind unzufrieden, die Kampfbereitschaft und damit der Druck auf die ÖGB Führung steigen. Bereits im letzten Jahr haben gewerkschaftliche Proteste zugenommen.

Für einen kämpferischen Kurs!

Die ÖGB-Führung forderte im Wahlkampf zumindest von einer neuen Regierung eine Rücknahme des 12-Studentags, allerdings sprach sie von „Neuverhandlung“. Das lässt offen, ob die Gewerkschaftsführung dann nicht doch einen 12-Studentag absegnen würde, wenn sie mitreden dürfte. Nötig wäre ein klares Nein zum 12-Studentag und eine Mobilisierung der Betriebe, angefangen von Betriebsversammlungen hin zu weitergehenden Kampfmaßnahmen. Die ÖGB-Führung setzt immer noch auf die Sozialpartnerschaft - selbst wenn sie keine Verbesserungen für die Arbeitnehmer/innen bedeutet sondern Verschlechterungen. Katzián fordert dass eine neue Regierung auf die „Sozialpartner“ hören muss. Er stellt Mobilisierungen in den Raum wenn die Sozialpartnerschaft nicht erneuert wird. Aber Sozialpartnerschaft bindet die Gewerkschaften an den Kapitalismus und in Zeiten der Krise versucht das Kapital den Preis für die Krise auf die Arbeiter/innen- und Mittelklassen abzuwälzen. Leider akzeptiert die privilegierte prokapitalistische Gewerkschaftsführung diese Logik. Sie weisen daher die Verschlechterungen nicht als solche zurück sondern fordern dass

diese durch die Sozialpartnerschaft organisiert werden. Anstatt Proteste zu organisieren damit sie wieder mit den Arbeitgebern zusammenarbeiten dürfen sollten sie mobilisieren um die Interessen der Beschäftigten und jener die unter dem Kapitalismus leiden zu verteidigen.

Strategie nötig die mit Kapitalismus bricht!

Egal welche Regierung, wir müssen uns auf Kämpfe vorbereiten - sowohl für echte Verbesserungen als auch um uns gegen Angriffe durch kommende Regierungen auf Arbeitnehmer/innenrechte zu verteidigen wenn die Wirtschaft einbricht. Die Wirtschaftskammer trommelt angesichts der Herbstlohnrunde, dass sich die Wirtschaft abkühlt - damit hat sie Recht. Wir dürfen uns davon aber nicht erpressen lassen. Die Strategie der ÖGB Führung ist es, darauf zu pochen, dass höhere Löhne besser für den Konsum und damit die Wirtschaft sind. Aber höhere Löhne, besonders in einer Krise, beschneiden die Profite der Unternehmen direkt oder indirekt. Darum versuchen sie die Löhne zu drücken. Wir müssen dagegenhalten um unseren Lebensstandard zu verteidigen und zu verbessern. Viele Kolleg/innen setzen korrekterweise auf eine Lohnerhöhung jetzt, weil sie wissen, dass höhere Löhne in der Krise schwieriger zu erkämpfen sind. Nach 2008 haben die Kolleg/innen über Jahre niedrigere Lohnrunden akzeptiert, aber auch in der Erholung wollten die Unternehmen nicht mehr hergeben. Der Kapitalismus in der Krise unterminiert und gefährdet jede Errungenschaft die wir erkämpft haben. Eine Kampfstrategie die den Kapitalismus ablehnt ist notwendig, um nicht erpressbar zu sein.

Gewerkschaftsopposition aufbauen!

Um den Druck auf die ÖGB-Führung zu bündeln, braucht es den Aufbau

einer Gewerkschaftsopposition, die die Gewerkschaften in echte kämpferische und demokratische Organe verwandeln kann. Das ist nötig, damit die Führung Kämpfe nicht einfach willkürlich abdrehen und faule Kompromisse gegen den Willen der Basis eingehen kann. Ansätze gibt es im Sozialbereich mit „Sozial aber nicht blöd“. Da es kaum Basistreffen der Gewerkschaften gibt, müssen wir diese selbst organisieren, ein erster Schritt könnten z.B. Betriebsgruppen sein. Was nötig ist, sind entschlossene Kampfmaßnahmen und ein Zusammenführen der Proteste - denn gemeinsam sind wir stärker. Die ÖGB Führung fordert nun 4,5% bei den Metaller/innen - wenn man seiner Verhandlungslogik folgt, wird der ÖGB wohl das Ziel haben bei knapp 3% zu landen. Aber mit entschlossenen Kampfmaßnahmen bis hin zu Streiks können die 4,5% erkämpft werden - ohne Abstriche. Wenn dies mit der Forderung nach der Rücknahme des 12-Studentags verbunden wird, könnte beides erkämpft werden.

-Die Lohnrunden nutzen um für eine Rücknahme des 12-Studentags durch eine neue Regierung sowie für ordentliche Lohnerhöhungen Druck aufzubauen!

-Für Betriebsversammlungen um weitere Maßnahmen vorzubereiten - als ersten Schritt hin zu einer branchenübergreifenden bundesweiten Demonstration!

-Für den Aufbau einer Opposition in den Gewerkschaften um diese in demokratische Kampforganisationen umzuwandeln!

-Für demokratische Entscheidungen über das Aufstellen von Forderungen, Kampfmaßnahmen und Verhandlungsergebnisse durch die Betroffenen in den Betrieben und Branchen!

-Für eine Strategie, die mit der Logik des Kapitalismus bricht, damit wir nicht erpressbar sind!

Du willst aktiv werden? Jetzt mitmachen!